

# Inhaltsübersicht

## 1. Teil Grundlegung

§ 1	Begriff und Gegenstand des Europäischen Zivilprozessrechts .....	1
§ 2	Die Rechtsetzungskompetenzen der Gemeinschaft im Prozessrecht ..	25
§ 3	Regelungskonzepte und Rechtsetzungstechniken .....	79
§ 4	Einwirkungsformen des Gemeinschaftsrechts .....	127
§ 5	Abgrenzungen und Nachbargebiete .....	179

## 2. Teil Europäisches, Internationales Zivilprozessrecht

§ 6	Verfahrenskoordination durch die Verordnung Brüssel I (44/01/EG) .....	237
§ 7	Ehe- und Kindschaftsverfahren .....	379
§ 8	Justizielle Kooperation im Europäischen Justizraum .....	443
§ 9	Europäisches Insolvenzrecht .....	493
§ 10	Besondere Verfahren in grenzüberschreitenden Zivil- und Handelssachen .....	533

## 3. Teil Wechselwirkungen zwischen autonomen Zivilverfahren und Europäischem Prozessrecht

§ 11	Gemeinschaftsrecht im Zivilprozess .....	615
§ 12	Das Vorabentscheidungsverfahren .....	647
§ 13	Perspektiven des Europäischen Prozessrechts .....	683
	<i>Entscheidungsregister</i> .....	699
	<i>Sachregister</i> .....	735

# Inhaltsverzeichnis

<i>Vorwort</i> .....	VII
<i>Abkürzungsverzeichnis</i> .....	XXIV
<i>Allgemeines Literaturverzeichnis</i> .....	XXX

## 1. Teil Grundlegung

<b>§ 1 Begriff und Gegenstand des Europäischen Zivilprozessrechts</b> .....	1
I. Funktion und Ziele des Zivilprozessrechts im Europäischen Justizraum .....	3
II. Typologie der Zivilverfahren .....	9
1. Inlands- und auslandsbezogenes Zivilprozessrecht .....	9
2. Der lex fori-Grundsatz und die Reichweite des Sonderprozessrechts für Auslandsbezüge .....	11
III. Binnenmarktprozess und (innerstaatlicher) Zivilprozess im europäischen Umfeld .....	13
1. Internationales Verfahrensrecht unter dem Einfluss des Gemeinschaftsrechts .....	13
2. Kennzeichen des Binnenmarktprozesses .....	16
3. Nationales Zivilprozessrecht unter europäischem Einfluss ...	20
IV. Praktische Hinweise zur Informationsvorhaltung im Europäischen Zivilprozessrecht .....	21
1. Das Europäische Justizielle Netz in Zivilsachen und der Europäische Justizatlas .....	21
2. Sachstandsberichte zur Entwicklung der Rechtssetzungsmaßnahmen .....	22
<b>§ 2 Die Rechtsetzungskompetenzen der Gemeinschaft im Prozessrecht</b> ...	25
I. Justizielle Zusammenarbeit nach Art. 61–69 EG .....	29
1. Die Entwicklung der justiziellen Zusammenarbeit .....	29
2. Die Rechtsetzungskompetenzen nach Art. 61–69 EG .....	31
a) Die Reichweite der Kompetenz nach Art. 65 EG .....	32
b) Das Rechtsetzungsinstrumentarium des Art. 65 EG .....	39
c) Der institutionelle Rahmen .....	40
d) Abgestufte Integration im Europäischen Zivilprozessrecht .....	41

3. Die Umsetzung der Gemeinschaftspolitik in der Gesetzgebungspraxis (1999–2009) .....	46
a) Die Sonderkonferenz in Tampere (1999).....	46
b) Die Umsetzung des Programms von Tampere .....	48
c) Das Haager Programm zur Europäischen Justizpolitik ....	48
II. Konkurrierende Gemeinschaftskompetenzen.....	51
1. Binnenmarkt (Art. 94f EG) .....	51
a) Die Abgrenzung zu Art. 65 EG.....	51
b) Spezielle Kompetenznormen im Bereich des Binnenmarktes .....	55
2. Verbraucherschutz, Art. 153 EG .....	55
3. Rechtsetzungskompetenz im Bereich der Personenfreizügigkeit, Art. 18 II EG .....	58
4. Völkerrechtliche Übereinkommen zwischen den Mitgliedstaaten, Art. 293 EG.....	59
III. Die Außenkompetenzen der Gemeinschaft im Prozessrecht ....	60
1. Die praktische Relevanz der Fragestellung.....	60
2. Außenkompetenzen in der Rechtsprechung des EuGH.....	62
3. Exklusive und konkurrierende Außenkompetenzen im Anwendungsbereich des Art. 65 EG.....	65
4. Die Mitgliedschaft der Europäischen Gemeinschaft in der Haager Konferenz für Internationales Privatrecht .....	68
IV. Die Grenzen der EG-Kompetenzen im Prozessrecht .....	71
1. Subsidiaritätsprinzip, Art. 5 II EG .....	71
2. Das Verhältnismäßigkeitsprinzip, Art. 5 III EG .....	73
V. Die Rechtslage nach dem Vertrag von Lissabon .....	74
<b>§ 3 Regelungskonzepte und Rechtsetzungstechniken.....</b>	<b>79</b>
I. Europäische Integration und Internationales Zivilprozessrecht. .	81
1. Die Integrationsfunktion des Europäischen Zivilprozessrechts.....	81
2. Integrationsbezogene Auslegung des Europäischen Zivilprozessrechts durch den EuGH .....	84
II. Titelfreizügigkeit und wechselseitige Anerkennung.....	87
1. Die Titelfreizügigkeit nach dem Brüsseler Übereinkommen und nach der VO 44/01/EG.....	88
2. Wechselseitiges Vertrauen und gegenseitige Anerkennung von Vollstreckungstiteln.....	91
a) Gegenseitige Anerkennung als allgemeines Regelungskonzept .....	91
b) Gegenseitige Anerkennung als Rechtsetzungskonzept ....	94
c) Wechselseitiges Vertrauen und Hierarchisierung im einstweiligen Rechtsschutz.....	100
d) Wechselseitiges Vertrauen und konkurrierende Verfahren	101
III. Zugang zum Recht im Europäischen Justizraum .....	102

1. Zugang zum Recht als eigenständiges Regelungskonzept . . . .	102
2. Zugang zum Recht und Unionsbürgerschaft . . . . .	104
3. Die Konstitutionalisierung des Europäischen Prozessrechts . .	107
IV. Koordinierung, Angleichung und Vereinheitlichung nationaler Prozessrechte . . . . .	108
1. Abgestufte Regelungsintensität im Europäischen Prozessrecht	108
2. Sektorielle Prozessrechtsvereinheitlichung . . . . .	110
3. Die Standardisierung von Prozesshandlungen . . . . .	112
V. Justizielle Kooperation im Europäischen Justizraum . . . . .	115
1. Paradigmenwechsel im internationalen Rechtshilfeverkehr. . .	115
2. Unterschiedliche Integrationsstufen der Europäischen Rechtshilfe . . . . .	117
3. Justizielle Kooperation und Europäische Rechtshilfe . . . . .	120
4. Absicherung durch justizielle Netze. . . . .	123
<b>§ 4 Einwirkungsformen des Gemeinschaftsrechts</b> . . . . .	127
I. Die Regelungsebenen des Europäischen Zivilprozessrechts . . . .	128
1. Grundfreiheiten und prozessuale Grundrechte . . . . .	129
a) Die Grundfreiheiten im Zivilprozess . . . . .	129
b) Europäischer Grundrechtsschutz. . . . .	133
2. Einheitsrecht durch Verordnungen (Art. 65, 249 II EG) und völkerrechtliche Übereinkommen (Art. 293 EG) . . . . .	136
a) Verordnungen. . . . .	136
b) Völkerrechtliche Verträge (Art. 293 und 300 EG). . . . .	140
3. Harmonisierung durch Richtlinien (Art. 249 III EGV) . . . . .	142
4. Nicht bindende Rechtsakte . . . . .	144
5. „Gemeineuropäisches Prozessrecht“ auf der Ebene der Mitgliedstaaten? . . . . .	146
6. Rangfragen des Europäischen Zivilprozessrechts . . . . .	147
II. Die Auslegung des Europäischen Zivilprozessrechts. . . . .	148
1. Autonome Auslegung. . . . .	149
2. Insbesondere: Die Auslegung des sekundären Gemein- schaftsprozessrechts . . . . .	153
a) Grammatikalische Interpretation . . . . .	153
b) Historische Auslegung. . . . .	155
c) Systematische Interpretation . . . . .	157
d) Teleologische Interpretation. . . . .	160
3. Gemeinschaftsrechtliche Auslegungsmethoden im Europäischen Prozessrecht . . . . .	162
a) Praktische Wirksamkeit (effet utile). . . . .	162
b) Integrationsbezogene, evolutive Auslegung. . . . .	164
c) Wechselseitiges Vertrauen in die Gerichtssysteme der Mitgliedstaaten. . . . .	165
4. Prinzipienorientierte Auslegung des Europäischen Prozess- rechts. . . . .	167

III. Rechtsfortbildung im Europäischen Zivilprozessrecht . . . . .	173
1. Auslegung und Rechtsfortbildung im Gemeinschaftsrecht. . . . .	173
2. Die Fortbildung des Brüsseler Übereinkommens . . . . .	174
3. Rechtsfortbildung im Kontext des Art. 65 EG. . . . .	175
<b>§ 5 Abgrenzungen und Nachbargebiete . . . . .</b>	<b>179</b>
I. Europäisches Zivilprozessrecht, Binnensachverhalte und Drittstaatenbezüge . . . . .	182
1. Drittstaatenbezug zwischen Justizgewährung und Kompetenzabgrenzung. . . . .	182
2. Binnensachverhalte und innergemeinschaftliche Streitig- keiten . . . . .	184
3. Die Drittstaatenproblematik der EuGVO . . . . .	186
4. Drittstaatenbezüge des Europäischen Familienverfahrens- rechts. . . . .	192
5. Drittstaatenbezüge der europäischen justiziellen Kooperation . . . . .	194
6. Drittstaatenbezüge des Europäischen Insolvenzrechts . . . . .	195
7. Drittstaatenbezüge der Rechtsakte der 2. Generation . . . . .	196
II. Europäisches Zivilprozessrecht im internationalen Kontext. . . . .	197
1. Das Parallelübereinkommen von Lugano. . . . .	197
2. Die Haager IPR-Konferenz. . . . .	201
a) Die Europäische Gemeinschaft als Vertragspartei der Haager Übereinkommen . . . . .	201
b) Das Haager Übereinkommen über Gerichtsstandsverein- barungen . . . . .	204
c) Familien- und Statussachen . . . . .	208
d) Internationale Rechtshilfe . . . . .	209
3. Prozessrechtsvereinheitlichung anderer internationaler Organisationen, insbesondere des Europarats . . . . .	210
a) Europarat . . . . .	210
b) UNIDROIT . . . . .	212
c) Rechtsetzungsinitiativen im Bereich der Vereinten Nationen, insbesondere UNCITRAL. . . . .	213
d) Weitere internationale Organisationen. . . . .	214
III. Sachliche Abgrenzungen. . . . .	215
1. Europäisches Kollisionsrecht. . . . .	216
2. Europäisches Privatrecht . . . . .	220
3. Europäisches Verwaltungsverfahren- und Verwaltungs- prozessrecht . . . . .	223
4. Europäisches Straf- und Strafverfahrensrecht . . . . .	228
a) Aktueller Entwicklungsstand . . . . .	228
b) Justizielle Kooperation in Strafsachen . . . . .	231
c) Die Wirkungsweise der wechselseitigen Anerkennung im Europäischen Strafverfahrensrecht. . . . .	235

## 2. Teil

### Europäisches, Internationales Zivilprozessrecht

<b>§ 6 Verfahrenskoordination durch die Verordnung Brüssel I (44/01/EG) . .</b>	<b>237</b>
I. Anwendungsbereich . . . . .	247
1. Sachlicher Anwendungsbereich . . . . .	247
2. Ausgenommene Rechtsgebiete, Art. 1 II EuGVO . . . . .	252
a) Statussachen, Güterstände und Erbrecht. . . . .	253
b) Insolvenzverfahren . . . . .	255
c) Soziale Sicherheit (Art. 1 II lit. c) EuGVO) . . . . .	257
d) Schiedsgerichtsbarkeit. . . . .	258
3. Territorialer Anwendungsbereich. . . . .	261
II. Das Zuständigkeitssystem der EuGVO . . . . .	263
1. Überblick . . . . .	263
2. Allgemeine Gerichtsstände nach Art. 2, 59 und 60 EuGVO . .	265
a) Actor sequitur forum rei als Leitprinzip des Europäischen Zuständigkeitsrechts . . . . .	265
b) Der allgemeine Gerichtsstand natürlicher Personen . . . . .	267
c) Der Sitz juristischer Personen und Gesellschaften . . . . .	270
d) Besondere Fallgestaltungen . . . . .	270
3. Besondere Gerichtsstände, Art. 5 EuGVO. . . . .	271
a) Der Gerichtsstand am Erfüllungsort, Art. 5 Nr. 1 EuGVO . . . . .	275
b) Unterhaltsklagen, Art. 5 Nr. 2 EuGVO . . . . .	277
c) Der Gerichtsstand der unerlaubten Handlung, Art. 5 Nr. 3 EuGVO . . . . .	280
d) Adhäsionsverfahren, Art. 5 Nr. 4 EuGVO . . . . .	285
e) Der Gerichtsstand der Zweigniederlassung, Art. 5 Nr. 5 EuGVO . . . . .	285
f) Zuständigkeit für trustrechtliche Klagen, Art. 5 Nr. 6 und 7 EuGVO . . . . .	287
g) Seerechtliche Gerichtsstände, Art. 5 Nr. 7 und Art. 7 EuGVO . . . . .	287
4. Besondere Gerichtsstände des Sachzusammenhangs, Art. 6 EuGVO . . . . .	288
a) Der Gerichtsstand der Streitgenossenschaft, Art. 6 Nr. 1 EuGVO . . . . .	288
b) Grenzüberschreitende Interventionsklagen, Art. 6 Nr. 2 EuGVO . . . . .	290
c) Widerklage und Prozessaufrechnung, Art. 6 Nr. 3 EuGVO . . . . .	293
d) Der dingliche Gerichtsstand für Vertragsklagen kraft Sach- zusammenhangs . . . . .	294

5. Der Schutz der schwächeren Partei im Europäischen Zivilprozessrecht .....	295
a) Versicherungsrechtliche Streitigkeiten, Art. 8–14 EuGVO ..	295
b) Verbraucherstreitigkeiten, Art. 15–17 EuGVO .....	297
c) Arbeitsrechtliche Streitigkeiten, Art. 18–21 EuGVO .....	300
6. Ausschließliche Gerichtsstände, Art. 22 EuGVO .....	302
a) Immobiliarklagen, Art. 22 Nr. 1 EuGVO .....	302
b) Gesellschaftsrechtliche Binnenstreitigkeiten, Art. 22 Nr. 2 EuGVO .....	305
c) Registerstreitigkeiten, Art. 22 Nr. 3 EuGVO .....	306
d) Gewerbliche Schutzrechte, Art. 22 Nr. 4 EuGVO .....	307
e) Vollstreckungsrechtliche Streitigkeiten, Art. 22 Nr. 5 EuGVO .....	309
7. Gerichtsstandsvereinbarungen, Art. 23 EuGVO .....	310
a) Das Regelungskonzept des Art. 23 EuGVO .....	310
b) Die Zulässigkeit der Gerichtsstandsvereinbarung .....	312
c) Abschluss und Form .....	314
d) Wirkungen .....	316
8. Rügelose Einlassung, Art. 24 EuGVO, und Zuständigkeitsprüfung, Art. 25f. EuGVO .....	319
a) Rügelose Einlassung .....	319
b) Zuständigkeitsprüfung bei Nichteinlassung, Art. 25f. EuGVO .....	320
III. Die Koordinierung von Parallelverfahren, Art. 27–30 EuGVO .....	321
1. Konzeptionelle Fragestellungen .....	321
2. Voraussetzungen .....	322
3. Parallelverfahren, Art. 28 EuGVO .....	324
4. Verfahrensfragen .....	325
5. Überlange Verfahrensdauer und Rechtshängigkeit .....	327
6. Reformbedarf bei der Verfahrenskonkurrenz .....	329
IV. Urteilsanerkennung und Urteilsfreizügigkeit .....	330
1. Entscheidungen als Gegenstand der Urteilsanerkennung .....	332
2. Anerkennung und Anerkennungsverfahren .....	335
a) Anerkennung als Wirkungserstreckung .....	335
b) Anerkennungsfähige Urteilswirkungen .....	337
c) Anerkennung nach Art. 33 EuGVO .....	338
3. Die Anerkennungshindernisse, Art. 34–36 EuGVO .....	340
a) Fehlendes rechtliches Gehör wegen unzureichender Information des Beklagten, Art. 34 Nr. 2 EuGVO .....	342
b) Die Verletzung des ordre public, Art. 34 Nr. 1 EuGVO .....	344
c) Unvereinbare Entscheidungen, Art. 34 Nr. 3 und 4 EuGVO .....	349
d) Weitere Anerkennungshindernisse .....	352
e) Die grenzüberschreitende Durchsetzung von Zwangsgeldern, Art. 49 EuGVO .....	354

4. Das Vollstreckbarerklärungsverfahren nach Art. 38 ff. EuGVO .....	355
5. Rechtsbehelfe im Vollstreckbarerklärungsverfahren. ....	357
a) Das Beschwerdeverfahren, Art. 43 EuGVO, §§ 11 ff. AVAG .....	357
b) Die weitere Beschwerde, Art. 44 EuGVO, §§ 15–17 AVAG .....	360
6. Einstweiliger Rechtsschutz im Vollstreckbarerklärungs- verfahren .....	361
a) Einstweiliger Rechtsschutz nach Art. 47 EuGVO .....	361
b) Einstweiliger Vollstreckungsschutz, Art. 46 EuGVO. ....	364
V. Grenzüberschreitender, einstweiliger Rechtsschutz. ....	365
1. Die praktische Bedeutung des einstweiligen Rechtsschutzes in den nationalen Verfahrensrechten .....	365
2. Begriffs- und Systembildungen des EuGH zu Art. 31 EuGVO .....	367
3. Internationale Zuständigkeit. ....	368
4. Offene Fragen des einstweiligen Rechtsschutzes. ....	370
VI. Besondere Vollstreckungstitel. ....	372
1. Die Freizügigkeit von Prozessvergleichen. ....	373
a) Der Begriff des Prozessvergleichs. ....	373
b) Anerkennungsvoraussetzungen .....	374
2. Die Freizügigkeit öffentlicher Urkunden, Art. 57 EuGVO ...	375
<b>§ 7 Ehe- und Kindschaftsverfahren</b> .....	379
I. Von der VO 1347/00/EG (VO Brüssel II) zur VO 2201/03/EG (VO Brüssel IIa) .....	383
1. Die Verordnung Brüssel II (VO 1347/2000/EG) .....	385
2. Die Verordnung Brüssel IIa (VO 2201/2003/EG) .....	386
II. Der Anwendungsbereich der EheGVO .....	391
1. Scheidungssachen .....	391
2. Die Definition der „Elterlichen Verantwortung“ .....	393
III. Die Koordinierung von Scheidungsprozessen. ....	396
1. Das Zuständigkeitssystem für Scheidungssachen. ....	396
a) Die Grundstrukturen der aktuellen Regelung .....	396
b) Aufenthaltzuständigkeit, Art. 3 lit. a) EheGVO .....	397
c) Der Gerichtsstand des gemeinsamen Heimatstaates, Art. 3 lit. b) EheGVO. ....	399
d) Weitere Gerichtsstände, Art. 4–7 EheGVO .....	400
2. Rechtshängigkeit. ....	401
a) Die Regelungen der Art. 16 und 19 EheGVO .....	401
b) Die sog. „Verbundbefangenheit“ .....	402
3. Die Anerkennung von Scheidungsurteilen .....	403
4. Einstweiliger Rechtsschutz, Art. 20 EheGVO .....	406

IV. Die Koordinierung von Kindschaftssachen . . . . .	407
1. Internationale Zuständigkeit im Verfahren über die elterliche Verantwortung. . . . .	407
a) Allgemeine Zuständigkeit, Art. 8 EheGVO . . . . .	407
b) Zuständigkeit im Fall des Umzuges, Art. 9 EheGVO . . . . .	409
c) Annexkompetenz und Zuständigkeitsvereinbarungen, Art. 12 EheGVO . . . . .	410
d) Kindesentführung, Art. 10 EheGVO . . . . .	411
e) Notzuständigkeit, Art. 13 EheGVO . . . . .	412
f) Restzuständigkeiten. . . . .	412
2. Grenzüberschreitende Abgabe des Verfahrens, Art. 15 EheGVO . . . . .	413
a) Materielle Voraussetzungen . . . . .	413
b) Verfahren . . . . .	414
3. Rechtshängigkeit bei positiven Kompetenzkonflikten . . . . .	415
4. Die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen über die elterliche Verantwortung, Art. 21 ff. EheGVO . . . . .	415
a) Anerkennungsfähige Entscheidungen . . . . .	415
b) Anerkennungshindernisse, Art. 23 EheGVO . . . . .	417
5. Die Vollstreckbarerklärung von Kindschaftsentscheidungen. .	419
6. Die gegenseitige Anerkennung von Entscheidungen zum Umgangsrecht . . . . .	420
7. Grenzüberschreitende Kindesentführungen (und Rückführungen). . . . .	422
V. Die Verordnung 4/2009/EG zum Unterhaltsrecht . . . . .	424
1. Der Verordnungsentwurf der EG-Kommission (2005) . . . . .	424
2. Die Unterhaltsübereinkommen der Haager IPR-Konferenz . .	426
3. Die EU-Unterhaltsverordnung 4/2009/EG vom 18.12.2008 . .	428
VI. Entwicklungsperspektiven im Europäischen Familien- und Erbrecht . . . . .	433
1. Die Vereinheitlichung des Kollisionsrechts in Scheidungs- sachen . . . . .	433
2. Das Grünbuch zum Europäischen Ehegüterrecht . . . . .	436
3. Die weitere Perspektive eines eigenständigen Europäischen Familien- und Familienverfahrensrechts . . . . .	438
4. Rechtsetzungsperspektiven im Europäischen Erbrecht . . . . .	438
<b>§ 8 Justizielle Kooperation im Europäischen Justizraum . . . . .</b>	<b>443</b>
I. Zustellungen im Binnenmarkt. . . . .	447
1. Effektivierung der innergemeinschaftlichen Rechtshilfe . . . . .	449
2. Postalische Direktzustellungen . . . . .	456
3. Die Effizienz der Europäischen Zustellungsverordnung . . . . .	458
II. Grenzüberschreitende Beweisaufnahmen nach der VO 1206/01/EG . . . . .	461

1. Die Regelungsstruktur der EuBewVO .....	462
2. Anwendungsbereich .....	464
3. Die Regelungstechnik der Beweisverordnung .....	465
4. Aktive Rechtshilfe: Beweisaufnahme durch das ersuchte Gericht .....	467
5. Passive Rechtshilfe: Beweisaufnahme durch das Prozessgericht im ersuchten Staat .....	471
6. Der Einsatz moderner Kommunikationstechnologien .....	473
7. Fortbestehender Regelungsbedarf im Europäischen Beweisrecht .....	475
III. Europäische Prozesskostenhilfe, RL 2002/8/EG .....	476
1. Das gemeinschaftsrechtliche Regelungskonzept .....	476
2. Die Vorgaben der Richtlinie 2003/8/EG .....	479
3. Der Umfang der Prozesskostenhilfe .....	481
4. Die verfahrensmäßige Durchführung .....	482
a) Ausgehende Ersuchen .....	482
b) Eingehende Ersuchen .....	483
IV. Offene Fragen der Europäischen Justiziellen Kooperation .....	484
1. Justizielle Kooperation in nicht harmonisierten Bereichen nach Art. 10 EG .....	484
2. Grenzüberschreitende Beweissicherung zwischen EuGVO und EuBewVO .....	485
3. Extraterritoriale Beweisanordnungen im Europäischen Justizraum .....	488
<b>§ 9 Europäisches Insolvenzrecht .....</b>	<b>493</b>
I. Internationales Insolvenzrecht zwischen Territorialität und Universalität .....	497
II. Die Koordinierung grenzüberschreitender Insolvenzverfahren durch die VO 1346/00/EG .....	501
1. Anwendungsbereich .....	501
2. Internationale Zuständigkeit .....	505
a) Hauptinsolvenzverfahren .....	505
aa) Natürliche Personen .....	505
bb) Juristische Personen .....	507
b) Sekundärinsolvenzverfahren .....	508
c) Konzerninsolvenzen und konkurrierende Hauptverfahren im Europäischen Justizraum .....	511
3. Anwendbares Recht .....	516
a) Grundsatz: Anwendung der lex fori concursus, Art. 4 EuInsVO .....	517
b) Durchbrechungen, Art. 5 EuInsVOff. .....	517
4. Die Anerkennung ausländischer Insolvenzen .....	519
a) Grundsatz der automatischen Anerkennung .....	519
b) Die Befugnisse des ausländischen Insolvenzverwalters .....	522

III. Primär- und Sekundärverfahren .....	524
1. Kooperation zwischen Insolvenzverwaltern .....	524
2. Grenzüberschreitende Forderungsanmeldung .....	527
IV. Spezielle Richtlinien im Banken- und Versicherungssektor ....	528
1. Die RL 2001/24/EG über die Sanierung und die Liquidation von Kreditinstituten .....	528
2. Die RL 2001/17/EG über die Sanierung und die Liquidation von Versicherungsunternehmen .....	530
<b>§ 10 Besondere Verfahren in grenzüberschreitenden Zivil- und Handels- sachen .....</b>	<b>533</b>
I. Der Europäische Vollstreckungstitel für unbestrittene Forderungen .....	538
1. Das gemeinschaftsrechtliche Regelungskonzept .....	538
2. Die VO 805/04/EG über den Europäischen Vollstreckungs- titel für unbestrittene Forderungen .....	541
a) Anwendungsbereich .....	541
b) Erteilungsverfahren .....	543
c) Die materiellen Voraussetzungen der Bestätigung .....	545
d) Die Vollstreckung des Europäischen Titels .....	549
e) Das Verhältnis zur EuGVO .....	555
II. Das Europäische Mahnverfahren .....	556
1. Strukturtypen europäischer Inkasso- und Mahnverfahren ..	556
2. Mindestharmonisierung durch die Zahlungsverzugsrichtlinie	559
3. Die VO 1896/2006/EG .....	560
a) Der Gang des Gesetzgebungsverfahrens .....	560
b) Anwendungsbereich .....	561
c) Zuständigkeit .....	562
d) Das Verfahren zum Erlass des Zahlungsbefehls .....	563
e) Einspruch des Schuldners .....	567
f) Rechtsbehelfe des Schuldners im Vollstreckungs- stadium .....	568
4. Deutsches internationales Mahnverfahren im Kontext der EuGVO .....	572
III. Europäisches Verbraucherprozessrecht .....	573
1. Verbraucherprozessrecht .....	574
2. Die Verordnung 861/07/EG über ein Europäisches Bagatellverfahren .....	575
a) Der Vorschlag der EG-Kommission vom 15.3.2005 .....	575
b) Die Regelungen zur Zuständigkeit .....	577
c) Verfahren .....	577
d) Vollstreckung und vollstreckungsrechtliche Rechts- behelfe .....	581
3. Verbrauchermediation .....	582
a) Die Empfehlungen zur Verbrauchermediation .....	582

b) Die grenzüberschreitende Koordinierung von Reklamationsverfahren. . . . .	584
IV. Europäische Kollektivklagen im Verbraucherrecht . . . . .	587
1. Europäische Verbraucherpolitik und kollektiver Rechtsschutz . . . . .	587
2. Die Richtlinie 98/27/EG über grenzüberschreitende Unterlassungsklagen. . . . .	588
3. Grenzüberschreitende Verbandsklagen und EuGVO. . . . .	591
a) Unterlassungsklagen als Zivil- und Handelssachen i.S.v. Art. 1 EuGVO. . . . .	591
b) Die Koordinierung konkurrierender Verbandsklagen. . . . .	593
c) Urteilsanerkennung und grenzüberschreitende Vollstreckung. . . . .	594
V. Alternative Streitbeilegung . . . . .	595
1. Initiativen der Europäischen Union im Bereich der Mediation. . . . .	595
2. Die Vorgaben der EU-Mediations-Richtlinie. . . . .	598
3. European Code of Conduct on Mediation . . . . .	601
4. Die Reichweite der gemeinschaftsrechtlichen Vorgaben . . . . .	602
VI. Europäisches Zwangsvollstreckungsrecht . . . . .	603
1. Grenzüberschreitende Vollstreckungen im Europäischen Justizraum . . . . .	603
2. Das Grünbuch zur grenzüberschreitenden Kontenpfändung . . . . .	606
a) Prinzipielle Bedenken gegen eine Harmonisierung der Vollstreckung . . . . .	606
b) Europäischer Arrest in Bankkonten. . . . .	607
3. Die Eckpunkte des Commission Staff Working Document . . . . .	608
4. Regelungsbedarf bei der Europäischen Kontenpfändung . . . . .	609
a) Das anwendbare Recht. . . . .	610
b) Zuständigkeit der Gerichte . . . . .	611
5. Das Grünbuch zur Vermögenstransparenz. . . . .	612

### 3. Teil

## Wechselwirkungen zwischen autonomen Zivilverfahren und Europäischem Prozessrecht

<b>§ 11 Gemeinschaftsrecht im Zivilprozess . . . . .</b>	<b>615</b>
I. Dezentraler Vollzug des Gemeinschaftsrechts in den nationalen Prozessrechten . . . . .	617
1. Die Zweispurigkeit des europäischen Rechtsschutzes . . . . .	617
2. Gemeinschaftsrechtliche Vorgaben für den dezentralen Rechtsschutz in den Mitgliedstaaten . . . . .	619

II. Sekundärrechtliche Vorgaben zur Ausgestaltung nationaler Verfahrensvorschriften .....	626
1. Annexregelungen im Sekundärrecht .....	626
2. Die RL 2004/48/EG .....	627
3. Gemeinschaftsverfahren im Immaterialgüterrecht .....	633
a) Gemeinschaftsmarke und Gemeinschaftsgeschmacks- muster .....	633
b) Die Schaffung einer Gemeinschaftspatentgerichts- barkeit .....	636
c) Das Streitbeilegungsverfahren zur eu-Domain .....	639
III. Private Law Enforcement als rechtspolitische Herausforderung .....	640
1. Kollektive Rechtsbehelfe im Kartellrecht .....	640
2. Kollektivklagen im Verbraucherrecht .....	644
<b>§ 12 Das Vorabentscheidungsverfahren .....</b>	<b>647</b>
I. Kooperation zwischen dem EuGH und den Gerichten der Mitgliedstaaten .....	649
II. Voraussetzungen des Vorabentscheidungsverfahrens .....	653
1. Gegenstand des Vorabentscheidungsverfahrens .....	653
2. Entscheidungserheblichkeit .....	658
3. Vorlageberechtigung und Vorlageverpflichtung nationaler Gerichte .....	660
a) Der Begriff des „Gerichts“ .....	660
b) Vorlagebefugnis und Vorlagepflicht der Instanzgerichte ..	661
c) Die Vorlagepflicht letztinstanzlicher Gerichte .....	662
d) Sanktionen bei der Verletzung der Vorlagepflicht .....	666
III. Der Verlauf des Vorabentscheidungsverfahrens .....	669
1. Die Aussetzung des Verfahrens durch das nationale Gericht .....	669
2. Das Verfahren vor dem EuGH .....	670
IV. Die Bindung an die Urteile des Gerichtshofs .....	672
1. Bindungswirkung im Ausgangsstreit .....	672
2. Aussetzung und Vorlage in Parallelverfahren .....	673
3. Präjudizwirkung .....	674
4. Zeitliche Begrenzungen der Bindungswirkung .....	675
V. Sonderregelungen .....	676
1. Art. 68 EG .....	676
2. Das Eilvorlageverfahren nach Art. 104b VerfO-EuGH .....	678
3. Das Vorabentscheidungsverfahren nach Art. 35 EU .....	679
4. Reformen im Bereich des Vorabentscheidungsverfahrens ..	680
a) Neuer Instanzenzug im Vorabentscheidungsverfahren ...	680
b) Einschränkungen des Art. 68 EG im Bereich der zivil- gerichtlichen Zusammenarbeit? .....	681

<b>§ 13 Perspektiven des Europäischen Prozessrechts</b> .....	683
I. Fortschreibung der erreichten Rechtsakte.....	684
II. Die Vorschläge der Storme-Kommission.....	685
III. Wege zum genuinen Europäischen Zivilprozessrecht .....	688
1. Öffnung und Angleichung nationaler Prozessrechts-	
kulturen .....	688
2. Unterschiedliche Modelle .....	692
3. Herausforderungen und Chancen einer Kodifikation.....	693
 <i>Entscheidungsregister</i> .....	 699
<i>Sachregister</i> .....	735